

**Rede der SPD-Fraktionsvorsitzenden Katja Pähle
zu TOP 5: Aktuelle Debatte „Preisexplosionen
beenden – Bürger sofort entlasten“**

Anrede,

ich habe heute Morgen extra noch einmal
nachgesehen – man weiß ja nie. Aber es ist wie
befürchtet:

Es gibt gegenüber unserer Debatte von gestern früh
keinen neuen Sachstand.

**Putins Krieg gegen die Ukraine hält an,
das Leid der Menschen geht weiter.**

Wir können es uns deshalb ersparen, erneut auf die
Leier der AfD zu den Sanktionen einzugehen, weil
diese unbestreitbar weiter notwendig sind.

Die Gegenmaßnahmen gegen die russische
Aggression müssen in Kraft bleiben

und bleiben in Kraft. Punkt.

Anrede,

was sich dagegen lohnt und weiterhin dringend erforderlich ist, das ist die Debatte über die nötigen und geeigneten Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Unbestreitbar ist dabei, dass die Preise für Energie schon vor dem Kriegsbeginn deutlich in die Höhe gingen – angetrieben von unverantwortlichen Spekulationen.

„Übergewinne“ waren damals schon ein Thema, **aber natürlich nicht für die AfD.**

Denn darauf ist Verlass: Immer wenn es tatsächliche Möglichkeiten gibt, für die Bürgerinnen und Bürger etwas zu erreichen, stemmt sich die AfD dagegen. Man konnte es ja gestern erneut erfahren: Die AfD wünscht es sich geradezu herbei, dass es den Menschen in Deutschland schlecht geht.

Der Gasherd soll kalt bleiben, damit Sie darauf Ihr agitatorisches Süppchen kochen können.

Anrede,

wie anders unsere Bundesregierung, die Punkt für Punkt, Schritt für Schritt an konkreten Lösungen für Probleme arbeitet, die die Menschen umtreiben.

Manche haben es vielleicht schon vergessen, und andere wollen nicht gerne daran erinnern:

Schon die ersten beiden Pakete brachten Entlastungen für viele Menschen.

Im **Februar** wurde beschlossen:

- ein vorgezogener Wegfall der **EEG-Umlage**: geschätzt 130 Euro Entlastung für einen vierköpfigen Haushalt
- eine Erhöhung der **Pendlerpauschale** für mehr als 20 Kilometer Entfernung: 38 statt 35 Cent rückwirkend zum 1. Januar
- eine Erhöhung des **Kinderzuschlags** für Geringverdienende von 209 auf 229 Euro
- ein **verdoppelter Heizkostenzuschuss** für mehr als zwei Millionen Menschen: 270 Euro für Bezieher:innen von Wohngeld, 230 Euro für Bafög-Empfänger:innen

Im **Mai** kam das **zweite Entlastungspaket**:

- eine **Energiepreispauschale** für Erwerbstätige von 300 Euro brutto
- ein **Kinderbonus** von 100 Euro pro Kind
- eine Einmalzahlung für **Sozialleistungsempfänger:innen** von 200 Euro
- drei Monate Senkung der **Kraftstoffsteuer** um knapp 30 Cent pro Liter für Benzin und 14 Cent für Diesel
- und für 90 Tage ein bundesweites **ÖPNV-Ticket** für neun Euro im Monat.

Gerade das Neun-Euro-Ticket

- bei der Einführung viel belächelt -

wurde zu einer **Erfolgsgeschichte für den öffentlichen Nahverkehr.**

Zeigen Sie mir eine vergleichbare „Notmaßnahme“, für deren Verlängerung Tausende Menschen Petitionen unterschrieben haben, weil sie sie nicht mehr missen möchten.

Das Beispiel zeigt: Die Bundesregierung behält auch in der aktuell schwierigen Situation ihre Reformziele im Blick.

Ich bin deshalb sehr froh, dass der Bund jetzt im Zusammenwirken mit den Ländern eine tragfähige Anschlusslösung auf den Weg bringen will, die die Nutzung von Bus und Bahn dauerhaft attraktiver macht.

Damit komme ich zum **dritten Entlastungspaket**. Auch diesmal ist eine große Zahl von Einzelmaßnahmen darin enthalten, die für viele Menschen große Bedeutung haben:

- eine **Energiepauschale** jetzt auch für Rentner:innen in Höhe von 300 Euro und für Studierende von 200 Euro
- ein neues **Wohngeld** mit mehr Anspruchsberechtigten und einem **Heizkostenzuschuss** von mindestens 415 Euro

-> diese Maßnahme hat in den Medien bislang wenig Beachtung gefunden, aber auch dies ist eine **durchgreifende Reformmaßnahme**

- eine Erhöhung des **Kindergelds** um je 18 Euro fürs erste und zweite Kind und eine erneute Erhöhung des **Kinderzuschlags** von 229 auf 250 Euro
- eine Verschiebung der Erhöhung des **CO₂-Preises** auf 2024

und vieles mehr. Dazu gehört auch das **Bürgergeld**, das ab 2023 **Hartz IV** ablöst.

Eine kleine Zwischenbemerkung in Richtung Linke:

Wer all diese Maßnahmen negiert und einen politischen Überbietungswettbewerb mit immer neuen Forderungen führt –

der wird erleben, dass das als politisches Konzept nicht trägt. Die Forderung ist immer nur der erste Schritt. **Die Gestaltung zählt.**

Anrede,

ich möchte auf zwei Vorhaben des dritten Entlastungspakets besonders eingehen.

Das ist zum einen der Einstieg in die **Übergewinnsteuer** – egal wie sie nun heißt.

Die Folgen von Krieg, Gaskrise und Inflation treffen viele Unternehmen hart. Für einige geht es an die Grenze der Existenz. Aber es gibt eben auch andere, die sich schon in der Spekulationsphase vor Kriegsbeginn die Kassen gefüllt haben und jetzt zusätzliche Profite erzielen, weil sie an den Engpässen verdienen.

Es sollte eine **Selbstverständlichkeit** sein, dass solche Gewinne eingesetzt werden, um denen zu helfen, die es in der Krise nötig brauchen. Ich freue mich, dass das jetzt möglich wird.

Der andere Punkt ist die **Strompreisbremse**. Sie ist gut und nötig, aber wichtig ist:

Sie muss **schnell** kommen.

Wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger auf ihren Abrechnungen bald erkennen können, dass die Maßnahmen **wirken**. Deshalb kommt es jetzt darauf an, in der Ausgestaltung der Strompreisbremse einen Mechanismus zu entwickeln, der schnell greift.

Anrede,

die drei Entlastungspakete haben zusammen ein Volumen von **95 Milliarden Euro**. Das ist eine gewaltige Kraftanstrengung, für die ich den Beteiligten in Berlin ausdrücklich Beifall zolle.

Und trotzdem:

Es fehlen noch wichtige Komponenten.

Der weitaus wichtigste Punkt ist:

Die warme Wohnung muss bezahlbar bleiben.

Eine Entlastung, die den **Gaspreis** ausklammert, klammert auch **eine der größten Sorgen** der Menschen aus.

Ich weiß, dass unsere Kolleginnen und Kollegen in Berlin das im Blick haben. Nicht umsonst ist der Prüfauftrag dafür im Paket enthalten.

Meine **dringende Bitte** ist:

Prüft nicht zu lange!

Wir brauchen bald ein Ergebnis –

im Interesse der Bürger:innen,

aber auch im Interesse der **Stabilität unserer Demokratie.**

Ein Redner der AfD hat hier gestern, garniert mit Zitaten allerlei faschistischer Säulenheiliger, unverhohlen dazu aufgerufen, die berechtigten Sorgen der Menschen für rechtsextreme Machtphantasien einzuspannen. Auch gegen diese zynische Strategie müssen wir gemeinsam angehen.

Und schließlich:

Wir brauchen Maßnahmen, die die Preisentwicklung auch für die Wirtschaft abfedern, gerade für **kleine und mittlere Unternehmen.**

Um es ganz deutlich zu sagen:

Ich möchte **keinen** Bäcker wegen des Gaspreises Pleite machen sehen –

weder durch Insolvenz **noch** durch Geschäftsaufgabe!

Ich bin sicher, im Bundeswirtschaftsministerium gibt es genug kluge Köpfe, die einen Weg dafür finden, diesen Unternehmen zu helfen –

Corona hat es gezeigt.

Und wenn Herr Habeck schon dabei ist aufzuräumen:

Die **Gasumlage** kann gleich mit weg.

Ich habe in der Debatte gestern niemanden gehört,
der sie verteidigt hat.

Es ist nämlich gar keine Umlage zur Risikoverteilung,
sondern eine Maßnahme zur Rettung einiger weniger
Unternehmen, aber mit **eingebautem Mitnahmeeffekt**
für viele andere, die das Geld gar nicht brauchen.

Und die Kosten dafür müssen die Verbraucher:innen
schultern, denen ohnehin schon die Energiepreise
davonlaufen.

Also: **weg damit** und neue Instrumente erarbeiten.

Eine Bemerkung zum Schluss – bezogen auf Bund
und Land:

Was in der Corona-Pandemie galt, das gilt jetzt erst
recht. **Die Krise ist nicht die Zeit, um die Taschen
zuzuknöpfen.**

Der Staat muss **jetzt** aktiv investieren, um
konjunkturell gegenzusteuern und die Krise
abzufedern.

Sparhaushalte sind ein Booster für die Rezession.

Anrede,

der Überblick über die bisherigen Entlastungspakete zeigt: Sie bringen viele wichtige Vorteile – und es gibt einzelne Kritikpunkte, an denen weitergearbeitet werden muss.

Insgesamt eine gute Bilanz.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.